



Solidarität

Organ des Verbandes der graphischen Hilfsarbeiter und -arbeiterinnen Deutschlands.

Erscheint wöchentlich Sonnabends. Bezugspreis monatlich 0,50 Goldmark ohne die Bestellgebühr. - Anzeigen: die 3 gespaltene Petitzeile 1,- Goldmark, Todes- und Veranlassungsanzeigen die Zeile 0,10 Goldmark - Sämtliche Postanstalten nehmen Abonnements an. Nur Postbezug zulässig.

Die herzlichsten Glückwünsche zum Jahreswechsel

allen Mitgliedern und Freunden des Verbandes, den Lesern und Mitarbeitern der „Solidarität“.

Verbandsvorstand, Redaktion der „Solidarität“

Belanmmachung.

Der Reichsstatistik für das Deutsche Buch- und Zeitungsdruckerhilfspersonal ist auf Grund gegenseitiger Vereinbarung der unterzeichneten Verbände bis zum 31. März 1927 verlängert worden.

Berlin, den 21. Dezember 1926.

Deutscher Buchdrucker-Verband E. V.
Dr. Petermann, Dr. Woelfel.

Verband der graphischen Hilfsarbeiter und -arbeiterinnen Deutschlands.

E. Bucher, Ernst Hornte.
Graphischer Zentralverband.
Hd. Hornbach.

Zum neuen Jahre!

Das alte Jahr geht sich zu seinen Vorgängern, ein neues Jahr pocht an der Zukunft Pforte. Für viele Arbeiter und Angestellte war das verlossene Jahr ein Jahr der Enge, der Not und Arbeitslosigkeit. Das Unternehmertum rationalisierte seine Betriebe, was nicht zuletzt auf Kosten der Angestellten geschah, durch Lohnkürzungen und Durchsicherung des Achtstundentages. Daß man dadurch die Krise verschärfte und die mangelhafte Kaukraft der breiten Massen noch mehr herabdrückte, das kümmerte die „Herren der Wirtschaft“ nicht. Sie jagten nur ihrem Eigenprofit nach unter Zertrümmung der vitalsten Interessen der Arbeiterklasse. Auf die wohlbedachten Wirtschaftslehren eines Ford sahen sie mit souveräner Verachtung, sie hielten es für faulsten und bequemsten Methode, durch Verlängerung der Arbeitszeit und Lohnrod die Rentabilität ihrer Betriebe zu verbessern.

Unter diesen Umständen hatten die Organisationen der Angestellten und Arbeiter einen schweren Stand. Unter den ungünstigsten Verhältnissen mußten sie kämpfen gegen die rückständigen Geistes der Unternehmer, in Krise und Not mußten sie die gewerkschaftlichen Forderungen vorantreiben gegen die wirtschaftliche Rückständigkeit und ausgebliebene Barmherzigkeit der Unternehmer. Und es kann gesagt werden, daß es ihnen in wohlbedachter Weise gelungen ist, trotz der Ungunst der Kräfteverhältnisse Wertes und Unertugliches von den Arbeitern und Angestellten fernzuführen.

Wohe den Angestellten und Arbeitern, wenn sie keine Gewerkschaften hätten! Dann hätten die Unternehmer mit ihnen im Jahre 1926 Schindluder gespielt, sie in jeder Weise gedrück und zu Heulen und Klagen herabgemüßigt. Die Gewerkschaften verfochten trotz des ungünstigen wirtschaftlichen Terrains ihre Interessen mit Nachdruck, und wenn es ihnen nicht gelungen ist, mehr als gefahren durchzusetzen, so lag das nicht etwa an ihrer Minderwertigkeit oder Unentschlossenheit, sondern einzig und allein an der Ungunst der Verhältnisse. Und ungebeugt treten sie ins neue Jahr, ungehört, kampfbereit und kampfesprob, stets ihrer Aufgabe bewußt, zu wirken als Hort der wirtschaftlich Schwachen gegen Unternehmerrhochmut, gegen übermäßige Ausbeutung, für gerechte Löhne, für eine vernünftigmäßige Arbeitszeit!

Ob das neue Jahr bessere Zeiten bringt? Manche Annahmen deuten darauf h'n. Gewiß hat der Versailleser Friede die wirtschaftlichen Verhältnisse vieler Staaten von Grund auf und in unglücklichster Weise umgestempelt. Aber die Welt hat begonnen, sich auf dem neuerschaffenen Wirtschaftsterrain zu reorganisieren. Das Kräfte scheint überwinden, die

Wirtschaftsverhältnisse scheinen wieder Platz zu greifen, Handel und Wandel mehr zu gesunden. Das bedeutet für die Gewerkschaften natürlich nicht, nunmehr die Hände in den Schoß zu legen. Die Besserstellung im Leben, jeder Fortschritt zugunsten der Arbeiterklasse soll er kämpft werden! Aus gutem Herzen oder höherer Einsicht gibt der Kapitalismus nichts heraus, die Besserung der Bedingungen der Schaffenden muß

unter haben neben den Organisierten auch sie zu leiden. Ihnen muß immer wieder gesagt werden, daß sie auf falscher Fährte sind und ein großes Hemmnis bilden im proletarischen Befreiungskampfe. Sie haben die Pflicht, sich endlich auf ihre Menschenwürde zu besinnen und aktiv einzugreifen in diesem Kampfe, die proletarische Front zu einen und so den Sieg herbeiführen zu helfen für Recht und Menschlichkeit, für die Befreiung der Arbeit!

Damit ist zugleich der Weg gezeigt zur Förderung der organisierten Arbeiterbestrebungen. Wir werden auch im neuen Jahre nicht verfehlen dürfen, immer wieder den Hebel anzusetzen, um den Individualismus der uns noch Fernstehenden zu bannen. Manche harten Strauß werden wir mit dem Unternehmertum auszufechten haben. Doch daneben werden wir auch im neuen Jahre immer wieder aufrütteln und wirken müssen unter denen, die uns noch fernstehen. Wir wollen schaffen die einige Probalanz aller Schaffenden zum Wohle des Proletariats. Wir wissen, dann sind wir unüberwindlich, unübersteiglich. Deshalb wollen wir hineingehen in das neue Jahre mit frischem Mute und roher Zukunftshoffnung. Die Waffen schärfen, sie auch zu führen verstehen im unerbittlichen Interessentkämpfe und für eine höhere wirtschaftliche Weltordnung, das bleibt unsere Aufgabe für und für. Und der Sieg wird in diesem Kampfe unter sein, dessen sind wir gewiß. Denn wir kämpfen für den Kulturfortschritt und die Befreiung der Arbeit von Knechtschaft und Not und unsere Bundesgenossen sind Recht und Gerechtigkeit. Deshalb ziehen wir hinein ins neue Jahr, unserer hohen Aufgaben bewußt, ungebeugt, unverdrossen, mit dem alten Kampfruf: Durch geeinten Kampf zum Siegl! Freiheit, Recht und Gerechtigkeit allen Volksgenossen!

Opfer der Arbeit in unserm Beruf.

Zu den unglücklichsten Schichten der Arbeiterschaft gehören die Arbeitslosen, diejenigen, die durch irgendwelches Verhulden im Arbeitsprozeß Teile ihrer Gesundheit der Arbeit geopfert haben. Fühlgeltig setzte schon die Hilfe für diese Opfer von zwei Richtungen her ein: durch Schutzvorrichtungen und lebhaft propagandistische Unterstüzung betroffener Kolleginnen und Kollegen. Aber die Unfälle bleiben jedoch, von Jahr zu Jahr in der Zahl sich verändernd, bestehen. So meldet die „Deutsche Buchdruckerergewerkschaft“ für das Jahr 1925 wiederum 5333 Unfälle; die Anzahl der Unfälle ist gegenüber dem Vorjahr gestiegen. Die folgende Aufstellung zeigt, an welchen Maschinen oder sonstigen Betriebsanlagen sich die Unfälle ereignen haben.

Buchdruckmaschinen 571, Tiefdruckmaschinen 6, Motoren 6, Transmissionsen 14, Gummi- und Metallmaschinen 68, Stempelmaschinen 24, Notationsmaschinen 206, Tiefdruckrotationsmaschinen 21, Gummi- und Billetdruckrotationsmaschinen 32, Tiegedruckpressen 278, Sechsmaschinen 181, Stereotypieapparaten 148, sonstige Arbeitsmaschinen 814, Fallen auf Treppen, auf ebener Erde usw. 776, Heben, Auf- und Abladen 648. Die meisten Unfälle entfallen auf Unfälle durch feuergefährliche Stoffe, elektrischen Strom, Fahrstühlen, Dampfmaschinen usw.

An der Spitze stehen also die Unfälle durch Fallen von Treppen und auf ebener Erde. Diesen folgen die durch Heben, Auf- und Abladen verursachten Unfälle. In der Mehrzahl der Fälle sind diese mittelschwerer Natur. Aber immerhin ist die Anzahl noch unverhältnismäßig groß. Nicht eindringlich genug kann der Kollegenschaft zur Verhütung derartiger Unfälle zugerufen werden: „Halte die Wege frei!“ Diesen Unfällen folgen durch Heben und Tragen verursachte. Hier ist es wohl insbesondere am Platze, unsere Kolleginnen auf die Gefahren hinzuweisen, die durch Ueberanstrengung beim Heben und Tragen für den weiblichen Organismus entstehen können. Aber wie glauben mit Recht annehmen zu dürfen, daß unsere Kolleginnen und Kollegen von sich aus das Tragen und Heben von Lasten ablehnen, die für ihr körper-

Neujahrshoffnung

Wieder ist ein Jahr vergangen...
Hoffnung, leichtbeschwingt,
Trotz des Winters Not und Dangen
Jedes Herz durchdringt!

Schwinden müssen Winters Nöte,
Frühling wird's einmal,
Dann in lichter Sonnennöte
Ernt, was grau und sohl!

Vorwärts, frisch dem Jahr entgegen,
Doffnet Herz und Sinn!
Laßt euch froh zur Tat bewegen!
Tat nur bringt Gewinn!

Daß das neue Jahr euch nahe,
Stärkt in Stadt und Land
Eure wirtschaftliche Stille:
Den Zentralverband!

Selb für die Gewerkschaft kämpf,
Für das Unterband,
Daß euch heilte, das ihr nötig
Braucht: für den Verband!

Sorgt, daß jeder freudig schare
Sich um diesen Wall
Auch im angebrochenen Jahre -
Stillstand heißt Verfall!

Alle müssen mutig streben,
Stets zur Tat bereit,
Für die Freiheit, für das Leben,
Für Gerechtigkeit!

Strebt für des Verbandes Ziele
Treu und kampfbereit,
Dann zerreißt die Sklavenseile
Eure Einigkeit!

Dann wird allerwärts auf Erden
Menschentum erwachen,
Dann wird Völkerverlieben werden
Und die Freiheit wachen!

Frisch dem neuen Jahr entgegen,
Doffnet Herz und Sinn!
Laßt euch froh zur Tat bewegen,
Tat nur bringt Gewinn!

2016

ihm aus den Zähnen gerissen werden. Nur durch die Gewerkschaftsmacht werden wir vorwärts kommen, nur durch geeinte Kräfte Erfolge erringen! Deshalb begrüßen wir das neue Jahr, möge es sich gestalten wie es wolle, als ein neues Kampfsjahr des Proletariats!

Unter aller Pflicht ist es natürlich, zu prüfen, was im neuen Jahre unsere Kampftrakt hemmen und was sie fördern kann. Gehemmt wird sie natürlich dadurch, daß immer noch viele Tausende unserer proletarischen Zeitgenossen dem gigantischen Ringen zwischen den wirtschaftlichen Interessengruppen, verkörpert durch Unternehmertum und Arbeiterklasse, teilnahmslos gegenübersehen. Die einen leisten dabei geistige Trägheit, andere Feigheit oder ererbte Bediensthaftigkeit, andere wieder nackter Egoismus, der von dem Gedanken ausgeht, mitzuernien, aber andere läen zu lassen. Die'se Laren begreifen nicht, wie sehr sie sich trotz aller „Schläne“ schädigen, denn gerade sie sind es, die durch ihren Individualismus die volle Auswirkung der Gewerkschaftsmacht verhindern. Dar-

XX 2106



liches Wohlbefinden Gefahren mit sich bringen. Es wäre wohl sehr angebracht, auf unsere Prinzipale darauf einzuwirken, daß sie in derartigen Dingen vom Personal oftmals nicht Unmögliches verlangen sollten. Unsere Kollegenschaft sei aber, in Betracht der erschreckend hohen Zahl derartiger Unfälle, darauf hingewiesen, sich bei unmöglichen Verlangen energisch ihrer Haut zu wehren. Einen besonders traurigen Fall eines derartigen Unfalles meldet die Deutsche Buchdruckerberufsgenossenschaft in ihrem Bericht, der durch das Tragen einer Schriftmetalliste entstanden ist. Ein Arbeiter erlitt dabei derartig schwere innere Verletzungen, daß er innerhalb weniger Minuten verstarb.

Die Unfälle an Buchdruckmaschinen, die zahlenmäßig jetzt folgen, ereigneten sich zum größten Teil beim Auf- und Absteigen vom Tritt. Dasselbe Tritt, herumliegendes Werkzeug usw. führt man hier als Gründe der vielen Unfälle an. Auch einzelne schwere Unfälle ereigneten sich hierdurch. So rutschte ein Hilfsarbeiter beim Besteigen der Maschine vom Tritt, beim Suchen nach einem Halm griff er in den Zahnkranz der Kreisbewegung, wobei ihm die Hand zermalmte wurde. Das Niederdrücken der Spieße ersforderte 45 Opfer. Ein Teil der Unfälle an Buchdruckmaschinen ist zurückzuführen auf Handierungen an in Gang befindlichen Maschinen. Hier Abhilfe zu schaffen, ist Pflicht eines jeden Mitarbeiters. Besonders erwähnenswert sind noch die Unfälle, die sich an Buchdruckmaschinen infolge mangelnder Schutzvorrichtungen ereigneten. So wurde einem Hilfsarbeiter beim Bogenfangen der rechte Fuß vom Zahngetriebe zerquetscht. Einer Hilfsarbeiterin wurde ebenfalls beim Bogenfangen der Fuß von der Kurbelstange zerquetscht. Mangelnde Schutzvorrichtungen sind wohl das schändlichste Zeichen dafür, wie gleichgültig dem Unternehmer Gesundheit und Leben seiner Arbeiter sind. Hier kann die Deutsche Buchdruckerberufsgenossenschaft nicht scharf genug gegen derartige Betriebe vorgehen. Aber auch unsere Kollegenschaft sei nochmals ermahnt, sich ganz energisch darum zu kümmern, daß solche Schutzvorrichtungen vorhanden sind und auch selbst das Wort beherzigen: „Niemals Schutzvorrichtungen entfernen!“ Wie üblich ersforderte auch das unvorsichtige und zu frühe Anlassen der Maschine wiederum eine Anzahl Opfer. Diese Unfälle könnten bei einigermaßen Vorsicht aller Beteiligten vermieden werden.

Die Unfälle an den Rotationsmaschinen erfolgten in den meisten Fällen durch Gleiten und Fallen von Podesten. Auch die Falltreppe forderte wieder durch unvorsichtiges Fortnehmen von Zeitungen, eine erhebliche Anzahl Opfer. Das Papiererziehen ist immer noch von Unfällen begleitet, insbesondere durch Hineingeraten in die Zylindergrube. 34 Unfälle sind verursacht durch das Walzenwalzen bei mit Molar- kraft getriebener Maschine. Diese alte Unsitte sollte doch längst durch die jährlich von ihr geforderte Zahl der Opfer beseitigt sein.

An den Tiegedruckmaschinen ereignete sich eine große Anzahl der Unfälle wiederum durch fehlende Handhohlvorrichtungen. Es gilt hier dasselbe, was wir vom Fehlen der Schutzvorrichtungen an Buchdruckmaschinen sagten, in noch schärferer Weise. Sehr einleuchtend scheint uns auch die Auffassung der Deutschen Buchdruckerberufsgenossenschaft zu sein, wonach eine Anzahl Unfälle durch Tragen von Ringen und Umbändern verursacht sei. Vorsicht ist hierbei sehr am Platze.

Drei Ursachen sind es immer wieder, die Unfälle verursachen. Erstens die fehlenden oder mangelhaften Schutzvorrichtungen, zweitens die Hast und das Jagen bei der Arbeit und drittens die eigene Unvorsichtigkeit der Arbeitenden. Die traurige Statistik der Betriebs-

unfälle des Jahres 1925, die hier aufgezeigt wurde, sollte wiederum alle Kräfte vereinen, um diesen Uebelständen abzuhelfen. Das bemitleidenswerte Los aller von Unfällen Betroffenen sollte doch lehrreich genug und auch abschreckendes Beispiel sein um jeden zur Mitarbeit an der Beschränkung der Unfälle auf ein Mindestmaß anzuregen. Wir können hier wohl ruhigen Bewußtseins behaupten, daß die Arbeiterschaft ihre ganze Kraft zur Beseitigung dieses Übels eingesetzt hat und weiterhin einsetzen wird. Aber die Frage ist, ob auch die Prinzipalität von sich sagen kann, ebenso unumschränkt und uneigennützig gearbeitet zu haben. Wir glauben hier noch manches im argen zu finden. Die Zahl der Unfälle, die nicht durch eigenes Verschulden der Arbeitenden sich ereigneten, sind außerordentlich hoch. Es regt sich das soziale Bewußtsein der Unternehmer und man scheut nicht die geringen materiellen Opfer oder Einschränkungen, die genügen würden, um jährlich Tausende blühender Menschen vor Krankheit und Stetium zu bewahren.

Das neue Arbeitsgerichtsgesetz.

Die Befürchtungen, daß der Entwurf des Arbeitsgerichtsgesetzes der Ablehnung verfallen und damit die Regelung des Arbeitsgerichtswesens von neuem hinausgeschoben würde, haben sich nicht verwirklicht. Der Reichstag hat den Entwurf im wesentlichen in der von dem vorbereiteten Ausschuß beschlossenen Fassung angenommen. Damit sind die noch im letzten Augenblick vor der Entscheidung von den verschiedensten Seiten gegen das Gesetz unternommenen Angriffe abgefallen und erledigt. Auch der Deutsche Richterbund sowie der Deutsche Anwaltsverein, die sich noch unmittelbar vor der entscheidenden Sitzung des Reichstags in einer scharfen Erklärung gegen die Ausschlußbeschlüsse wendeten, müssen sich nunmehr mit der Tatsache abfinden, daß das Gesetz in Form und Inhalt feststeht.

Der Geist, der aus dieser Erklärung hervorspricht, läßt es begreifen, daß sein Eindringen in die Arbeitsrechtspflege verhäßt werden konnte. Die Erklärung bezeichnet es nämlich als unerträglich, daß für die Aufstellung und Behandlung des Entwurfs lediglich sozialpolitische Gesichtspunkte maßgebend waren. Das habe zur Folge, daß die Bedürfnisse der Rechtspflege: die Rechtseinheit, die Rechtssicherheit, das Ansehen der Gerichte und die Autorität des Rechtspruchs so gut wie ganz außer Betracht blieben. Statt der von allen Sachverständigen geforderten Einfügung der Arbeitsgerichte in die Organisation der ordentlichen Gerichte sei eine planmäßige Ausgliederung aus der Justizverfassung erfolgt und bei der Zusammenfassung der Arbeitsgerichte das Endziel der völligen Ausschaltung des rechtsgelehrten Richtertums bedenklich nahe gerückt. Die Befestigung des Laienelements habe dagegen eine Erweiterung erfahren; die Ausschaltung der Anwaltschaft sei nahezu durchgeführt. Selbst vor dem höchsten Gerichte mache dieser Umsturz gegen das Sachverständigenelement in der Rechtspflege halt, da auch in den Reichsarbeitsgerichtsenaten das Laienelement überwiege und in völliger Gleichstellung mit den Juristen wirken solle. Aus den Beschlüssen des Reichstagsausschusses ergebe sich so ein geradezu erschütterndes Bild und drohe einem der wichtigsten Fundamente des Staats der Einsturz.

Stärker kann sich die Verständnislosigkeit des jüngsten Juristentums gegenüber den sozialen Anforderungen des Arbeitsrechts kaum äußern, als es in dieser Erklärung geschieht. Sie zeigt den Arbeitern, welche Folgen die Angliederung der Arbeitsgerichte an die ordentlichen Gerichte nach sich gezogen hätte und wie notwendig es war, diese aufs schärfste zu betämpfen. Dieser Kampf war von Erfolg. Noch liegt das Arbeitsgerichtsgesetz in der vom Reichstag beschlossenen Fassung

nicht vor. Aus dem Verlauf der Verhandlungen wie den Abstimmungsergebnissen läßt sich jedoch feststellen, daß die Arbeitsgerichte ihre Selbständigkeit behalten, ihr Ansehen an die ordentlichen Gerichte nicht erfolgt. Die Grundlage der gegenwärtigen Arbeitsrechtspflege, wie sie sich in den Gewerbe- und Kaufmannsgerichten zur allgemeinen Zufriedenheit der beteiligten Arbeitgeber- und Arbeitnehmerkreise entwickelte, bleibt also erhalten. Dagegen tritt eine Vermehrung der Arbeitsgerichte infolge ein, als solche in allen Amtsgerichtsbezirken errichtet werden sollen. Als Berufungsinstanzen werden Landesarbeitsgerichte und als Revisionsinstanz ein Reichsarbeitsgericht geschaffen. Die Innungschiedsgerichte kommen in Wegfall, was in Verbindung mit der geschlossenen Arbeitsgerichtsorganisation wesentlich zur Vereinfachung, Beschleunigung und Vereinheitlichung der Arbeitsrechtspflege beitragen wird. Bedeulich für Streitigkeiten zwischen Lehrlingen und Meistern ist die Bildung von Innungsschlichtungsausschüssen zugelassen.

Von weitestgehender Bedeutung ist, daß sich die Zuständigkeit der Arbeitsgerichte auf alle Arbeitsverhältnisse erstreckt, wobei nach einer vom Reichstag angenommenen, von sozialdemokratischer Seite eingebrachten Entschließung noch zu prüfen ist, ob die Zumbörderhandlungen gegen Arbeitschutzbestimmungen angemessen bestraft werden und, falls dies zu verneinen ist, die Zuständigkeit der Arbeitsgerichte auch auf diese Straftaten ausgedehnt werden soll. Eine derartige Ausdehnung der Arbeitsgerichtsbarkeit erscheint im höchsten Maße wünschenswert, ist doch nur zu bekannt, daß die ordentlichen Gerichte in dieser Richtung oft völlig verlagerten und gegen Unternehmer, die sich schwerster Verstöße gegen den gesetzlichen Arbeiterschutz schuldig machten, nur lächerlich geringe Strafen verurteilten. Die Belege dafür finden sich in allen Gewerbeaufsichtsberichten, ebenso die beweglichsten Klagen der Aufsichtsbeamten, wie sehr ihnen durch diese Haltung der Gerichte die Aufsichtstätigkeit und die Durchführung des Arbeiterschutzes erschwert wird.

Im Hinblick auf die bei den Kaufmannsgerichten gemachten Erfahrungen ist bei den Arbeitsgerichten die obligatorische Bildung von Kaufmannskammern in Wegfall gekommen. Wie der Regierungsvorsteher feststellte, hatten im Jahre 1925 von den vorhandenen Kaufmannsgerichten 87,5 Proz. nur 150 Streitfälle zu erledigen, während eine vollbeschäftigte Kammer mindestens 1000 Fälle zu erledigen imstande ist. Die Vorstehenden und deren Stellvertreter bei den Arbeitsgerichten sollen in der Regel ordentliche Richter sein. Hierin ist also den Forderungen der Juristen in erheblichem Umfange Rechnung getragen. Die Zulassung von Anwälten bei den Arbeitsgerichten wurde abgelehnt. Nur bei den Landesarbeitsgerichten und dem Reichsarbeitsgericht dürfen die Beteiligten durch Rechtsanwältinnen vertreten sein, was nach den bisher gemachten Erfahrungen vollkommen genügt. Die Beisitzer bei den Arbeitsgerichten, Landesarbeitsgerichten und dem Reichsarbeitsgericht werden wie bisher den Kreisen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer entnommen. Ihre Zuziehung erfolgt auf Grund von Vorschlagslisten, die von den Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbänden einzureichen sind.

Soweit sich nach den vorliegenden Berichten die Beschlüsse des Reichstags übersehen lassen, haben bei der Fassung des Arbeitsgerichtsgesetzes die hauptsächlichsten Forderungen der Gewerkschaften Berücksichtigung gefunden, so daß das Gesetz im allgemeinen als ein Fortschritt zu betrachten sei. Dieser wird sich aber erst in seinem vollen Umfange auswirken können, wenn auch das Arbeitsrecht eine einheitliche Kodifizierung gefunden hat. Der gegenwärtige Zustand muß die Arbeitsfähigkeit der Arbeitsgerichte beeinträchtigen. Noch ist das Arbeitsrecht in zahlreichen Gesetzen zer-

Sitte und Schicklichkeit von einst.

Von Hedda Wagner.

Zu meinen, es sei immer so gewesen und werde wohl auch so bleiben, wie es gerade auf irgendeinem Gebiete zu den Denkenden Zeit ist, das ist eine Denkwohnheit, die fast allen Menschen anhaftet. Und dabei vergessen sie, daß eigentlich das Beständige im Erdenleben der Wechsel ist. Das wird uns besonders klar, wenn wir ein Einzelgebiel, zum Beispiel Sitte und Schicklichkeit, betrachtend herausheben. Ein paar Beispiele werden uns lehren, wie so ganz anders die Vorzeit, und zwar nicht einmal eine weit entfernte, in diesen Punkten empfand und handelte.

Ende des 14. Jahrhunderts war es erlaubt, sich in die Hand zu schneiden, da Totschneidern damals ein kostbares Toiletteglied waren, das der gemeine Mann nicht, ja nicht einmal jeder vornehme Herr besaß. Die Sitzenlehre gestattete aber nur das Schneiden in die linke Hand, da die rechte dem Nischen bei Tisch vorbehalten war. Beim Essen ging es nach unseren Begriffen überhaupt oft recht sonderbar her. Man aß mit den Fingern, wie es auch die sonst überzivilisierten Römer taten. Jeder Gast zerlegte die Braten mit seinem eigenen Messer und lunte den Saft mit heißen Broten, die gereicht wurden, aus. Dann kamen Diener, reichten Wasser und gossen es den Gästen über die Hände; aber in einfacheren Kreisen wurden auch einfach die Finger abgewischt, wobei es aber nicht als anständig galt, sie am Tisch zu abwischen oder gar am Gemach des Nachbarn. Die Knochen wurden ohne viel Umstände unter den Tisch geworfen. Es gab auch nur bei den reichsten Familien Käse und Obst für die Gäste, besonders die Gabeln galten als Anzeiger für lässlichen Luxus. Als eine venezianische Dogaresse dies nützliche Utensil einführte, wurde es als ruchlose Heppigkeit betrachtet, und man jacobete nach ihrem Tode, es sei aus Strafe für die Gott-

losigkeit, und zwar durch Würmer, wie angeblich beim König Herodes, erfolgt.

Uns heutigen scheint nichts natürlicher, als daß das düstere Schwarz als Farbe der Trauer angenommen wird. Aber ganz anders dachte die Vorzeit. Im 16. und 17. Jahrhundert trauerte die Witwe in Weiß, später taten dies nur mehr die Königinnen, die Könige in Violet, so nach Napoleon. Maria Stuart trug um ihren ersten Gatten Franz II. Trauerkleider in weiß. Uebrigens war damals die Trauerzeit nicht nur durch andere Gewänder gekennzeichnet, sondern die Verdragenen waren durch die Sitte auch zu absonderlichen Zeremonien verpflichtet. Die Damen des französischen Adels mußten in der großen Trauer um Gatten oder Eltern neun Tage lang auf ihren Beistand sitzen bleiben, zugehüllt mit blauem Tuch, wie denn überhaupt blau, obwohl in Anlehnung an den katholischen Ritus, lange hindurch die Haupttrauerfarbe der Allgemeinheit war. Nach diesen neun Tagen mußten die Damen noch sechs Wochen das Zimmer hüten, und dies war so allgemein gebräuchlich, daß Katharina von Medici vom allen Seiten getadelt wurde, weil sie sich nach dem Tode ihres königlichen Gemahls dieser Sitte nicht fügte. Die Witwen mußten außerdem zwei Jahre lang das Haar verbergen und durften nur mit einem Schleier ausgehen, der bis zu den Füßen hing.

Zum Schluß ein ergötzliches Bildchen aus der guten Gesellschaft Ende des 16. Jahrhunderts, das sie bei ihren Tanzfesten zeigte. Der badische Rat und Oberzog in Pforsheim, Johann von Münster, erzählt in seinem 1594 erschienenen „gottseligen Traktat vom ungotseligen Tanz“ folgendes: „... daß ein Cavalier die Jungfrau oder Frau, sobald sie ihm den Tanz geweigert hat, wider alle Billigkeit, Rechtlichkeit und Recht auf Maul zu schlagen sich unterling.“ Vor dem Beginn des Tanzes küßten sich Herr und Dame und umarmten einander „nach Gelegenheit des Bandes“. Nach dem Tange aber brachte der Tänzer seine

Dame an ihren Ort, „nimmt Urlaub und bleibt auch wohl auf ihrem Schoß sitzen und redet mit ihr...“

So wandelt sich Sitte und Schicklichkeit im Laufe der Jahrhunderte — kein Wunder: sind sie doch die getreuen Spiegel der jeweils herrschenden moralischen und gesellschaftlichen Anschauungen, die ihrerseits wieder durch die bestehenden wirtschaftlichen Verhältnisse bedingt sind. Und so „fließt“ alles — und der alte Herakleitos hat wieder einmal recht gehabt...

Die englische Lady.

Von Erna Böling.

Frauen sind auf Gefühlsmomente besonders eingestellt, das ist eine Tatsache, die man keinen Augenblick leugnen sollte. Menschenkenner leugnen sie auch nie, sondern beuten sie dementsprechend aus. Geheime Politiker gebrauchen die gefühlsmäßige Einstellung der Frauen für ihre Zwecke und kleine, rührige Geschäfteleiter dergleichen.

Eine ganz hervorragende Menschenkenntnis befanden in ihrer Propaganda die Engländer, sie, die da aufgewachsen sind in dem Lande der Heilsarmee und der Kolonialpolitik. Und namentlich für die englische Lady wird eine ausgefeilte Methode sonderbarerweise gemacht; die englische Lady wird schließlich als die Frau aller Frauen geschildert. Ach ja, die Dame aus der englischen Gesellschaft, sie ist tolerant, sie begeistert sich für hohe Ideen, sie ist wohlthätig, es wird tatsächlich der Ansehen erweckt, als ob alle modernen Frauen bei ihr in die Schule gehen müßten.

Darum ist wohl angebracht, wenn wir uns die englische Lady mal etwas genauer betrachten. Die englische Lady geht in die Hundeweiche und laßt sich räudige Tiere. Findet man die englische Lady auch in Whitechapel, diesem düsteren Stadtteil Londons, in dem unglückbare Not herrscht und in dem verkommene Kinder haufen? Die eng-

streut, was nicht nur den Vorsitzenden, sondern noch mehr den Besitzern das Eindringen in die für ihre Entscheidung maßgebenden gelegentlichen Grundlagen außerordentlich erschwert. Die Zusammenfassung des Arbeitsrechts und die Schaffung eines einheitlichen Arbeitsgesetzbuches gehört deshalb zu den dringlichsten Forderungen, die an den Gesetzgeber zu stellen sind. Lange genug sind die Vorbereitungen für ihre Erfüllung im Gange. Noch aber liegen keine Anzeichen dafür vor, daß sie endlich vor dem Abschluß stehen. Das sind vom sozialen Standpunkt wie von dem einer geordneten Rechtsprechung aus Verhältnisse, die auf die Dauer nicht ertragen werden können. Es muß deshalb von der Regierung gefordert werden, die Schaffung eines einheitlichen Arbeitsrechts mit größerer Energie als bisher zu betreiben, um dem gegenwärtigen unbefriedigenden Zustand ein Ende zu machen.

Mattutat.

Stabilisierung, Preise, Löhne und Achtstundentag.

Immer und überall hat sich die Arbeiterklasse in den letzten Jahren für die Stabilisierung der Wäluen eingesetzt. Anstatt die Verantwortung für Sünden abzulehnen, die andere begangen haben, sind die Arbeiter im Hinblick auf das verderbliche Endresultat schon zu einer Zeit gegen die Inflation aufgekehrt, als diese auch für sie insofern von Vorteil war, als sie Schutz gegen Arbeitslosigkeit bot. Wenn die Industriellen den Forderungen der Arbeiterklasse zum Beginn kein Gehör schenken und der Inflation ihren Lauf lassen, ja sie propagieren, so taten sie dies, weil sie vorübergehend gute Geschäfte machten und wußten, daß sie die schließlich notwendigen Deflationslasten um so besser auf die Arbeiter abwälzen konnten, je mehr die Gewerkschaften durch die Inflation geschwächt wurden. So wurde die Stabilisierung in Deutschland auch zum Ausgangspunkt von energischen Offensiven der Unternehmer. Es waren die Arbeiter, die in der Inflationszeit den Unternehmern ihre Gewinne erdhungern mußten, und es waren wiederum die Arbeiter, die die Lasten der Stabilisierung des Geldes in Form nichtstabilisierter Preise und Löhne zu tragen hatten. Sie gingen dabei vieler Errungenschaften der ersten Nachkriegszeit verlustig. So war die Stabilisierung in Deutschland das Warnsignal für den Kampf des Unternehmertums gegen den Achtstundentag. Es ist wohl kein Zufall, daß gerade jetzt, d. h. zu einem Zeitpunkt, wo man in verschiedenen anderen Ländern von Stabilisation redet oder sie durchführt, der Kampf gegen den Achtstundentag überall besonders heftige Formen annimmt.

Dies gilt für Belgien, Frankreich, Italien usw. In den ersten beiden Ländern stehen die Gegner und Verteidiger des Achtstundentages in offenem Kampfe. Er wird in Belgien trotz der Ratifizierung der Washingtoner Konvention von den Gewerkschaften um so größere Anstrengungen verlangen, als die Stabilisierung notwendigerweise mit einer gewissen Schwächung des Wirtschaftslebens oder mit anderen Worten mit Arbeitslosigkeit Hand in Hand gehen wird. Wenn die Krise in Belgien trotzdem nicht einen so ernsten Charakter annehmen wird, so ist dies ohne Zweifel darauf zurückzuführen, daß angesichts der energischen Haltung der Arbeiterbewegung mit der Stabilisierung nicht so lange gewartet wurde und die in der Regierung sitzenden Arbeiterminister alles tun, um sie in sachlicher Weise durchzuführen und die Krise in ihren Anfängen entgegenzutreten. So soll z. B. eine Kommission für den auswärtigen Handel darauf sehen, daß die Ausfuhr unter der Stabilisierung nicht zu sehr zu leiden hat. Außerdem haben die

Gewerkschaften innerhalb und außerhalb des Parlaments bereits eine Kampagne eingeleitet, um dafür zu sorgen, daß nicht einfach die Preise den Weltmarktpreisen angeglichen, sondern auch die Löhne dazu ins richtige Verhältnis gebracht werden. Die Unternehmer sollen sich die Sache nicht so einfach machen, daß sie im Vergleich zur Vorkriegszeit die Löhne lediglich mit 7 multiplizieren, da der belgische Franken zum Siebentel seines Wertes stabilisiert wurde. Denn die Kosten für die wichtigsten Nahrungsmittel sind durchschnittlich zwanzigmal so hoch wie vor dem Kriege. Wenn man bedenkt, daß die Kleinhandelspreise aller Voraussicht nach in den sechs kommenden Monaten weiterhin stark steigen werden, so ist aller Grund für solche Rücksichtnahmen vorhanden. Ohne Zweifel werden jedoch die Unternehmer zunächst versuchen, sich bei der Stabilisierung des Geldes um die entsprechende Angleichung der Löhne herumzudrücken. Bereits war der Generalsekretär des Belgischen Gewerkschaftsbundes, Corn. Mertens, gezwungen, in einem scharfen Artikel gegen ein geheimes Rundschreiben des Zentralkomitees der Industriellen Stellung zu nehmen, in dem auf die unvermeidliche Erhöhung der Lebensunterhaltskosten hingewiesen und den Mitgliedern zur Pflicht gemacht wird, den Forderungen um Lohn-erhöhung entgegenzutreten. Den Ausführungen von Gen. Mertens zufolge wird der schärfste Widerstand der Arbeiterklasse die Antwort auf diese Herausforderung sein.

Was die allgemeine Auswirkung der Stabilisierung betrifft, so werden den Urteilen wirtschaftlicher Experten nach zu schließen, die Folgen nicht so ernst sein wie feinerseit in Deutschland. So sagte ein Mitglied des oben erwähnten Exportkomitees in einem in den letzten Tagen gehaltenen Vortrag, daß Belgien nicht so große Vermögensverluste erlitten wie Deutschland. Das Volk hat bis zur Stabilisierung weitergearbeitet. Schon jetzt hat auch Belgien seinen Produktionsapparat wesentlich verbessert und die Nationalisierung schreitet schnell fort, so daß Belgien mit „Zuversicht in die Zukunft blicken darf“. Trotzdem machte der Redner Anspielungen auf die Notwendigkeit des berichtigten „Spielraums“ in der Handhabung des Achtstundentages, sowie auf die Löhne, die vor dem Kriege „niedriger waren als bei den Nachbarn, während sie jetzt höher sind als in Frankreich“. In seiner Antwort gab Vanderveelde zu, daß in Belgien auf diesem Gebiete große Verbesserungen zu verzeichnen, die Arbeiter aber auch entschlossen sind, das gewonnene Gebiet zu halten. „An die Löhne und den Achtstundentag zu rühren, heißt die Zukunft kompromittieren.“ Im übrigen setzte sich Vanderveelde für den Ausbau des Fachunterrichts und die weitere Verbesserung des Produktionsapparates ein. „Es hat keinen Wert, die Gegenstände, die zwischen Arbeiter und Arbeitgeber nun einmal bestehen, zu verschleiern, wie es andererseits gemeinsame Interessen gibt, an deren Förderung alle mitwirken können.“

Wie anders hingegen dagegen die Verhältnisse in Frankreich, wo Poincaré als Diktator mit dem Franken jongliert! Im alleinigen Bestreben, seinen Klienten, d. h. den Staatsrentnern, zu gefallen, treibt er den Kurs in unnatürlicher Weise in die Höhe, was Schwankungen mit sich bringt, die der Spekulation Tür und Tor öffnen. Schon jetzt spricht man von Kursgewinnen in der Höhe von einer Milliarde. Da sich die Warenpreise diesem Börsenspiele nicht anpassen können, herrscht auf dem Markt Anarchie. Die Verkäufer halten sich zurück, weil sie auf ein Anziehen der Preise hoffen, die Käufer zögern in der Hoffnung auf Preis-senkungen. Das Volk aber muß von Tag zu Tag das Notwendigste kaufen, und das Resultat ist eine enorme Verteuerung der Lebenshaltung. Gleichzeitig benützen die Unternehmer die Gelegenheit, um die Löhne zu drücken. In einigen Industrien werden bereits Arbeiter entlassen, in anderen wird Kurzarbeit eingeführt. Der Kampf gegen den Achtstundentag ist ebenfalls entzündet. Wie sich die Verhältnisse weiter entwickeln werden, kann niemand sagen, da die Spekulation den Markt in Händen hat. Sprunghafte Kursverschiebungen nach unten und nach oben stellen eine nationale und internationale Gefahr dar.

In Italien, wo die Regierung glaubte, durch eine willkürliche Verlängerung der Arbeitszeit das Geld nicht nur stabilisieren, sondern sogar revalorisieren zu können, ist die Wirtschaftslage schlechter und unsicherer als je.

Aus oben Gesagtem geht hervor, daß die Stabilisierung der Wäluen wohl Fortschritte macht — auch in Rumänien spricht man davon — hingegen die Art der Stabilisierung in den einzelnen Ländern so verschieden ist, daß die internationale wirtschaftliche Unsicherheit auf der ganzen Front vergrößert wird. Das eine Land stabilisiert Geld und Arbeitszeit (Ratifizierung der Washingtoner Konvention in Belgien), das zweite spekuliert und bringt den Warenmarkt in Unordnung, das dritte revalorisiert und drückt auf Arbeitszeit und Löhne. Alle diese nationalen Verschiedenheiten wirken sich international aus und haben Markt- und Produktionsverschiebungen, Preis-schwankungen und Lohnkämpfe zur Folge, die, wie z. B. der Streik in England, künstliche Gleichgewichte und unnatürliche Konjunkturen auslösen müssen. Unter diesen Umständen wird kein Land seines stabilisierten Geldes froh. In der Tat darf denn auch niemand glauben, daß mit der Stabilisierung des Geldes allein

alles getan ist. Wenn diese auch national gewisse Erleichterungen gewähren kann, so wird sich die allgemeine internationale wirtschaftliche Unsicherheit gleichbleibend, so lange nicht die Stabilisierung in allen Ländern nach gewissen einheitlichen Gesichtspunkten, d. h. unter gleichzeitiger Stabilisierung der Löhne, durchgeführt und gestützt wird durch die Stabilisierung des Achtstundentages und stabilerer Preise. Speziell für die Arbeiter ist die Stabilisierung nur dann eine Wohltat, wenn auch der Preis für ihre Arbeitskraft, die ihr Kapital ist, ein Faktor wird, der in Haushalt und Leben eine feste Basis sichert.

Aus den Zabistellen.

Bad Ceynhausen. Generalversammlung vom 16. Dezember 1926. Der Vorsitzende, Kollege Krede, konnte erfreulicherweise feststellen, daß außer einigen Mitgliedern, fast alle anwesend waren. Kollege Siet gab den Kartellbericht. Er teilte mit, daß laut Beschluß des Ortsausschusses die Baukosten für den Bau eines Gewerkschaftshauses am Ort in Umlauf gesetzt werden sollen. Sämtliche Anwesenden waren sich hierüber einig. Ferner gab Siet das Ergebnis vom Kartelltag in Rumhausen bekannt, welches für die augenblickliche Wirtschaftslage sehr befriedigend war. Zum Kartellbericht ließ ein Antrag, ihn zurückzustellen zur nächsten Mitgliederversammlung, bis den Mitgliedern die endgültige Abrechnung vorliegt. Der Antrag fand auch Annahme. Bei der Neuwahl des Vorstandes wurden die bisherigen Vorstandsmitglieder, mit Ausnahme des Kartellbeauftragten, einstimmig wiedergewählt. Die Vorstandsmitglieder nahmen die Wahl an und erbaten sich ferner regere Mitarbeit der Mitglieder. Die Wahl des Kartellbeauftragten fiel auf den Kollegen Krede. Unter „Verschiedenes“ wurden den Mitgliedern interessante Bücher, die vom Kollegen Wambacher (Hannover) verfaßt sind und sich besonders als Weihnachtsgeschenk eignen, empfohlen. Da weiter nichts Besonderes mehr vorlag, konnte nach einigen kleinen Anträgen, die ihre Erledigung fanden, die Versammlung geschlossen werden.

Frankfurt a. M. Die diesjährige Generalversammlung war außerordentlich stark besucht. War doch bekanntgeworden, daß seitens des Deutschen Buchdruckervereins der Reichstaxi für das Buch- und Zeitungsdruckerpersonal zum Ende des Monats gekündigt werden soll. Auch war den Mitgliedern bekannt, daß die Zabistelle Frankfurt diesmal ihre 25jährige Generalversammlung abhielt, da wollte jeder dieser Versammlung beiwohnen. Der Vorsitzende, Kollege Raab, hielt ein kurzes Referat über die 25jährige Verbandsgeschichte der Zabistelle. Er führte aus, daß die Zabistelle sich aus ganz kleinen Anfängen zu der heutigen Stärke emporgeschwungen habe. Die Arbeit sei nicht klein gewesen, heute könnte sich keiner einen Begriff davon machen, wie gearbeitet werden mußte, um die Zabistelle zu erhalten. Er schilderte die Widerstände, die die Organisation nicht allein mit den Unternehmern, sondern auch des öfteren mit der Polizei ausgetragen gehabt hätte, um sich durchzusetzen. Die ersten Lohnbewegungen wurden im Jahre 1904 geführt, im Jahre 1907 bekamen wir den ersten örtlichen Tarifvertrag, der jedoch bereits im Jahre 1909 von der Bringspalität als aufgehoben erklärt wurde, da wir uns widerrechtlich einen Arbeitsnachweis eingerichtet hätten, was den allgemeinen Bestimmungen widerspreche. Das Tarifamt entschied, daß eine einseitige Tarifaufhebung nicht statthaft sei und die Unternehmerorganisation wurde angewiesen, den Tarifzustand wieder herbeizuführen. Im Jahre 1912, als der Tarif abgelaufen war, bedurfte es aller Kampfmaßnahmen seitens unserer Mitglieder, bis ein zweiter örtlicher Tarifvertrag vereinbart werden konnte. Währenddessen kamen die Kriegsjahre, unter denen wir schwer zu leiden hatten, jedoch hat sich die Zabistelle auch in dieser schwierigen Zeit behaupten können. An Stelle des örtlichen Tarifvertrages kam nachher der Reichstaxi. Unsere Kollegenchaft im Steindruck stand bereits im Jahre 1908 im Kampf mit dem Steindruckereibizern, ebenfalls im Jahre 1911. Erstmals konnte im Jahre 1918 für das Steindruckereibizernpersonal ein örtlicher Tarifvertrag vereinbart werden. Nunmehr gedachte der Vorsitzende der 12 Jubilare, dabei betonend, daß sie unermüdet bis zum heutigen Tage für die Organisation tätig gewesen sind, und es ihnen zu danken sei, daß die Zabistelle einen derartigen Aufschwung genommen hat. Auf das abgelaufene Geschäftsjahr übergehend meinte der Redner, daß wir heute gerade wie im Vorjahre die Kündigung unseres Tarifvertrages von unseren Unternehmern als Weihnachtsgeschenk erhalten hätten. Wie aber im Vorjahre unsere Kollegenchaft bereit war, ihren Tarifvertrag zu verteidigen, so sollten unsere Unternehmer uns auch in diesem Jahre kampfbereit finden. Redner schloß seine Ausführungen mit den Worten: „Die Mitglieder der Zabistelle sind in allen vorhergehenden Jahren gezeit, daß sie bereit ist, sich durchzusetzen, wenn es gilt, ihre Rechte zu verteidigen; so soll es auch für die Zukunft sein.“

An der Diskussion wurde die Tarifabhängigkeit allseitig begrüßt, da es auf Grund der wirtschaftlichen Lage eine Notwendigkeit ist, die Lohnverhältnisse der Zeit entsprechend anzupassen. Die Bestimmungen des Manteltarifes müßten ebenfalls einer gründlichen Revision unterzogen werden. Die nächste Versammlung soll zur Tarifabhängigkeit Stellung nehmen, in der Anträge für die nächste Tarifverhandlung gestellt und dem Zentralvorstand unterbreitet werden sollen. Einmütig brachte die Versammlung zum Ausdruck, daß sie noch wie vor auf dem Boden des Tarifvertrages steht, daß sie sich mehr als je dazu verpflichtet, dafür zu sorgen, daß alle restlos der Organisation zugeführt wird, daß sie auch bereit ist, jederzeit dem Ruf der Organisation Folge zu leisten; wenn die Unternehmer der Meinung sein sollten, keinen Tarifvertrag mehr abzuschließen oder gar eine Verschlechterung des Tarifvertrages herbeizuführen.

Der Kassierer erstattete den Jahresabschlussbericht. Die Revisorinnen bestätigten seine Richtigkeit, beantragten Dechargeerteilung des Gesamtverantwortung, was einstimmig gutgeheißen wurde. Der Kassierbericht wird für die Folge im Verteilungsblatt bekanntgegeben werden. Die Wahl des Vorstandes gestaltete sich wie folgt: Raab erler, Kiemann, zweiter Vorsitzender, Czempin Kassierer, Hilbig Schriftführer, Jauch und die Kolleginnen Straub und Schäfer Beisitzer. Ein Antrag des Gewerkschaftsrates über einen vor-

liche Badn möchte die Tierdressuren ein für allemal verbieten und sie selbst hegt, doch zu Koh, in lustiger Jagdgesellschaft einen armen Fuchs zu Tode. Die englische Badn läßt von englischen Kennhunden einen Hasen zu Tode jagen, und wenn der ermatete Meister keine letzte bühnen Kraft daran legt, um sich durch die freilich nie gellende Flucht zu retten, so ist diese Art der Hasenjagd in England ein ganz besonderer Sport. Die englische Badn läßt womöglich über Wochenend das Pferd eines Lumpenlammers in ihrem Garten grasen, ohne daß sie weiß, daß das arme Vieh mal endlich etwas Körnerfutter in den Magen kriegen müße. Die englische Badn ist nämlich halb Hysterie, halb Wohlthätigkeit, sie kennt nur ein Mittel, das zugleich sich selbst bereichert. Aber die englische Badn geht überall um, ihre Wesensverwandtschaft lebt in der ganzen kapitalistischen Welt, sie ist die Stütze der Gesellschaftsordnung von heute. Sie ist die reiche Frau, die Aufheben macht von Selbstverständlichkeiten. Praktisch weiß sie nichts von den furchtbaren Folgen der Arbeitslosigkeit der Männer, von der unglückseligen Hast, die in dem Leben außerhäuslich arbeitender Mütter steht, von der Gefahr, die in einer schandbaren Arbeitsentlohnung junger Mädchen liegt. Für sie ist das Wohlbefinden eine Abwechslung, eine gerade nicht unübliche Verschönerung der Gangeswelt. Sie kennt nur die Wohlthätigkeit im bestimmten Format, die oft das Recht einer ganzen Klasse vergißt.

Durch die Kasse für diese Mäuren der Wohlthätigkeit darf die arbeitende Frau nicht in ihrem Geschäftsleben berührt, nicht eingeklinkt werden. Hilfe soll keine Wohlthätigkeit sein, Hilfe ist Pflicht. Erst wenn alle Schamhaft und schafften Wollenden das feste Band der Solidarität umschlingt, wenn in voller Selbstständigkeit der eine für alle eintritt und alle für einen eintreten, können wir eine Welt zimmern, in der mehr Freude herrscht und in der die Wohlthätigkeit der Reichen nicht als unschöner Dekorationsstein zu hängen braucht.

gelegten Entwurf zur Sterbe- und Hinterbliebenenunterstützung fand einstimmige Annahme. Dann wurde noch besonnen, daß die Auszahlung der Weihnachtunterstützung an alle arbeitslosen und ausgegrenzten Kranken am 20. Dezember stattfinden. Zu dieser Weihnachtunterstützung haben die in Arbeit stehenden Kollegen und Kolleginnen durch einen Extrabeitrag beigetragen, so daß diese Unterstützung wesentlich erhöht werden konnte. Hier- auf Schluß der impopulären Versammlung, die aus allen Anlaß gab, für die Folge der Tarifbewegung mit aller Ruhe entgegenzusehen.

Hamburg. Mitgliederversammlung am 10. Dezember. Genosse Schreier sprach über: „Gewerkschaftskampf und Schlichtungswesen“. Der Redner ging auf das Arbeitsrecht im allgemeinen ein, betonte das mindere Recht vor dem Kriege und die grundsätzliche Wandlung nach dem Kriege. Die Wandlung besteht aus besonders darin, daß an Stelle des Individualrechts das Kollektivrecht getreten ist. In der staatlichen Anerkennung der Gewerkschaften brückt sich das besonders aus. Das Tarifrecht besteht. Kommen die Parteien in persönlichen Verhandlungen nicht zurecht, dann können die Schlichtungsstellen angerufen werden. Klagesbares Recht ist im Tarifwesen garantiert. Redner ging näher auf das Schlichtungswesen ein und streifte die Zeit der Inflation, in der die Gewerkschaften das Schlichtungsverfahren viel in Anspruch nehmen mußten. Das Schlichtungswesen hat sich aber nun nach einer Seite entwickelt, die wir ablehnen müssen. Der Schlichter ist nicht mehr Vermittler geblieben, sondern er greift einseitig ein, gibt Sprüche heraus, die von beiden Seiten abgelehnt werden, und erklärt sie für verbindlich. Das zeigt sich auch an dem Spruch, der im Herbst für die Hafenarbeiter für verbindlich erklärt worden ist. Redner zeigte das ferner noch an einer Reihe von Bewegungen, in denen Sprüche gefällt worden sind, die wir unbedingt ablehnen müssen. Hier sind uns alle Kampf- mittel aus den Händen genommen und hier ist einseitig eingegriffen und nicht vermittelt worden. Durch das heutige Schlichtungswesen werden die Gewerkschaften in ihrer Tätigkeit zur Vertretung der Interessen ihrer Mitglieder beeinträchtigt. Es muß deswegen eine Veränderung im Schlichtungs- wesen eintreten. Unser Kampf geht dahin, das Schlichtungs- wesen mehr nach der sozialen Seite auszubauen. Wir treffen uns da in dem Gedanken, eine Änderung des Schlichtungs- wesens zu erzielen, mit den Unternehmern zusammen, natür- lich im anderen Sinne als die Unternehmer es wollen. Wir drängen darauf, uns mit dem Unternehmertum von Organi- sation zu Organisation auseinanderzusetzen, selbst auf die Gefahr hin, auch einer turbulenten Zeit entgegenzugehen. Der Kampf, der in Zukunft geführt werden muß, ist eben ein Machtkampf. Wollen wir in diesem Kampf siegreich bleiben, dann sind unsere gewerkschaftlichen Organisationen zu stärken und dazu muß jeder helfen. Dem Redner wurde reichlicher Beifall zuteil. — Nach dem Referat gab Kollege Vohle eine kurze Erklärung des zur Ausführung kommenden Films „Die Schmiebe“. Die Anwesenden, circa 400 an der Zahl, folgten mit besonderem Interesse den Bildern des inter- essanten und lehrreichen Films. Der Wunsch wurde aus- gesprochen, daß in Zukunft ebenfalls noch andere Filme zur Vorführung gelangen möchten.

Hamburg. Zu einer kleinen Feier, die zu Ehren der Jubiläre stattfand, kamen am 12. Dezember die Bezirksaus- leute, Betriebsräte, Festausschuß und Vorstand bei Bünnig, Strahaus, zusammen. Die Feier bestand in gemeinschaft- licher Kaffeekaffee, Ansprache, Ueberreichung eines Diploms, Musik und Regitationen.

Kollege H o g m eröffnete die Feier mit einer Ehrung und Ansprache, in der er auf die Jahre einging, in denen die Arbeit für unsere Organisation besonders schwer war. Allen Unbiliden zum Trotz sind die 16 Kollegen und eine Kollegin dem Verbände treu geblieben. Die Mitgliedschaft der Jubiläre erstreckt sich bis auf 30 Jahre zurück. Sie sind für die Jubilare schon tätig gewesen, als sie lediglich noch Bekleidungs waren, und haben auch emsig daran mitgearbeitet, die Zentrals ins Leben zu rufen. Arbeit, Mühe und Kampf haben diese Kollegen und Kollegin, die fast durchweg auch im Vorstand der Zentrale tätig waren nie zurückgehalten. Der Dank ist ihnen in dem Ausdrucksstempel und Wachsen der Zentrale geworden. Heute ist unsere Organisation groß und fräftig und ein Segen für die Kollegenschaft. Sie soll es bleiben — und dabei werden die Jubiläre noch recht lange leben. H o g m schloß mit einem Hoch auf die Jubiläre.

Der Kollege Vohle, selbst Jubilar, dankte im Namen der 17 Jubiläre und ging dann auf die einzelnen Jubiläre ein und ehrte ihre Verdienste für die Organisation. Bei Nennung des Namens wurde dem Jubilar ein Diplom über- reicht, das vom Verbandsvorstand gegeben und recht sinnvoll ausgeführt ist. Auch Vohle sprach von den Jahren des Kampfes, die hinter uns liegen. Die Jubilare konnten nur groß und stark werden durch die äußerst rege und treue Arbeit des alten bewährten Stammes. Arbeit und Kampf sind aber nicht beendet, sondern wir stehen mitten darin und die Jubiläre stehen ebenfalls mitten darin, sind auch gewillt, weiter für die Organisation zu arbeiten. Die Ge- werkschaftsbewegung verlangt heute um so mehr treue und thätige Kämpfer, die nie veragen, die immer mutig in den Reihen stehen, sich durch nichts beirren lassen. Unser Weg ist uns vorgeschrieben, denn wir wissen, daß unser Arbeitslohn nur durch die Gewerkschaft gedeckert und geklärt werden kann.

In der Bilanz der Musik schloß Kollege Vohle mit einem Hoch auf den Verband, in das die Teilnehmer be- geistert einstimmten.

Ein gelungene heitere Regitationen der Kollegen Jubb, Ebbold und H o g m brachten die richtige fröhliche Stimmung für die Feier, und nachdem die Festsitz aufgehoben war, hielt der frohe Langzeit die Kollegenschaft noch bis in die späten Abendstunden zusammen.

Unsere Jubiläre waren: Carl Sellge, 25 Jahre; Louis Giese, 25; Franz Schaller, 25; Gustav Speitmann, 26; Eugen Jäncke, 27; Carl Vohler, 27; Carl Reule, 27; Albert Sandgraf, 27; Henriette Knappf, 28; Willi Giese, 29; Robert Giese, 29; Erik Richter, 29; Johannes Heims, 30; Ernst Binnau, 31; Hermann Vohle, 34; Carl Rirchner, 36; August Rirchner, 36 Jahre organisiert.

Leipzig. Die am 12. Dezember infolge des nahe bevor- stehenden Weihnachtsestes leider sehr schwach besuchte Mit- gliederversammlung nahm ein Referat des Genossen Billig, Vorsitzender der Allgemeinen Leipziger Ortskrankenkasse, über Sozialversicherung entgegen. In kurzen Zügen führte

der Referent aus, daß sich die Arbeiterschaft mehr als bisher um die Sozialversicherung kümmern müßte. Das internationale Unternehmertum sei drüben und drän, die Lasten der Versicherung abzuwenden. In Zukunft würde das Geneser Verzeichnis international die Regelung der Sozialversicherung vornehmen. Aufgabe der freien Gewerks- schaften sei es, immer wieder die Parlamente auf die Lücken im Sozialversicherungsrecht aufmerksam zu machen. Kurz streifte der Referent die Nachwirkungen des Kriegs- und Krisenjahre an der jetzt lebenden Generation. Die Frage „Sozialversicherung“ habe eine immense Bedeutung, daß sie nicht nebensächlich behandelt werden darf. Es sei unbedingt Pflicht, die Arbeitskraft des wertvollen Volkes zu erhalten, demzufolge nicht von einem Abbau, sondern Aufbau der Leistungen die Rede sein. Hier auf behandelte der Re- ferent in einem kurzen Rückblick auf die Vergangenheit die Aufgaben der Krankenkassen. Durch die wünschente Ein- scheidung der Beiträge sei die Kasse vor großen Verlusten geschützt und könnte ihre Leistungen erfüllen. Die Beiträge werden wieder, wie vor dem Kriege, nach Lohnklassen be- rechnet. Dazu komme laut Gesetz die Einziehung für die Erwerbstätigenfürsorge. Im Anschluß wies er auf das Ver- halten der Ärzte hin. Trotz gegenteiliger Behauptung sei die Kasse in der Lage, letztere zu beweisen, daß die Ärzte ihr Einkommen anderen freien Berufen gegenüber sehr gesteigert haben. Eingehend erläuterte der Referent die Sach- und Verhältnisse der Leipziger Allgemeinen Orts- krankenkasse. Danach betrauen dieselben in den ersten zehn Monaten 1926 für Sach- 7 1/2 Mill. Mark und 6 Mill. Mark für Vorleistungen.

Hierzu kommen noch die Unterstützungen an Langenfür- sorge und Kinderheimen, ferner Speisemarken. Aus all dem lete zu ersehen, daß auch außerstatutarisch viel für die Mit- glieder geschieht. Im Anschluß geistert der Referent über das Verhalten des Reiches, die Kosten und Folgen des Krieges auf die Krankenkassen abzu- wälzen. Des weitern bat er, in Mitgliedertreffen dahin zu wirken, daß das mustergemäß eingerichtete Zanderinstitut noch mehr benutzt wird. Vom Standpunkt der freigewerks- chaftlichen Organisationen muß die Arbeiterschaft sich auch in Zukunft allen Einflüssen auf die Verwaltung der Krankenkassen sichern. Dies sei nur dann zu erreichen, wenn alle über 21 Jahre alten Arbeiter bei der kommenden Wahl ihre Pflicht erfüllen und reiflos zur Wahl gehen. Zum Schluß streifte der Referent das Verhalten einzelner Zeitungen betreffs des Neubaus der Kasse. Auch in diesem Fall sei sich der Vorstand seiner Pflicht bewußt gewesen und habe die Kasse vor Verlusten geschützt. Diese Angriffe leiten nur das Wasser auf die Mühle der Reaktion. Mit der Wahrung, bei den kommenden Wahlen zu beweisen, daß die Arbeit- erschaft Mannes genug ist, ihre Geschäfte selbst zu leiten, schloß der Referent seinen lehrreichen Vortrag. Da keine Dis- kussion gewünscht wurde, sprach der Vorsitzende dem Genossen Bittig, nachdem dieser einige kleine Anfragen beantwortet hatte, den Dank der Versammlung aus.

Nunmehr nahm die Versammlung Stellung zu dem all- gemeinen Ueberstundenwesen. Dabei ging Kollege Schmidt auf das Rundschreiben des Reichsarbeitsministers näher ein. Der Kollege Lindner war mit den Maßnahmen, welche in dieser Frage getroffen worden sind, nicht einverstanden, da er sich hieron keine praktische Hilfe verspricht.

Kollege Schmidt gab hierauf den Arbeitlosenstand der letzten Woche bekannt. Dieser betrug 132 männliche und 79 weibliche Berufsangehörige. Eine Entschlieung wurde von den arbeitslosen Kollegen und Kolleginnen der Ver- sammlung zur Annahme und Durchführung unterbreitet. Die Stellungnahme der Versammlung kam wie folgt zum Aus- druck:

„Die Versammlung fühlt sich eins mit ihren arbeitslosen Kollegen und Kolleginnen.“

Die Verammelten machen die von ihren arbeitslosen Kollegen und Kolleginnen eingebrachte Entschlieung auch zu der ihrigen.

Sie betonen ganz besonders, daß sie die drei letzten Ab- schnitte dieser Entschlieung voll und ganz zur Durchführung bringen werden, und erwarten eine ganz besonders scharfe Handhabung des letzten Abschnittes durch die Organisations- leitung, damit der Rest unserer Arbeitlosen endlich Abhilfe geschaffen wird.“

Die Entschlieung der Arbeitlosen hat nachstehenden Wortlaut:

„Die arbeitslosen Kollegen und Kolleginnen des graphischen Hilfsersonals begreifen die Maßnahmen der Spitzen- organisation zur Befestigung des Ueberstundenwesens und bringen zum Ausdruck, daß eine Besserung der Lage der Arbeitlosen solange nicht eintreten kann, als die Kollegen in den Betrieben Ueberstunden leisten. Sie weisen darauf hin, daß sie zum Teil seit einem Jahre und länger arbeits- los sind. Erwerbslosen- oder Fürsorgeunterstützung sind nicht die geeigneten Mittel, ihre Existenz zu erhalten.“

Das Rundschreiben des Reichsarbeitsministers an die Sozialministerien der Länder sowie das an die Staats- anwaltschaften sind dem Motiv „Wahlgeld zum Besten, mach ihn nicht nach“ entgegengesetzt. Sollen diese Rundschreiben mehr als platonischen Wert haben, so müssen vor allen Dingen die Arbeiter in den Betrieben Ueberstunden zu leisten ablehnen. Die Arbeitlosen finden es außerordentlich bezeichnend, daß ein bürgerlicher Arbeitsminister gegen die Ueberstunden vorgehen muß. Das kann nur auf der Tatsache beruhen, daß die Arbeiterschaft nur allzu gern Ueberstunden leistet. Ueberstunden sind abzugeben. solange nicht alle früher freigestellten Arbeitsplätze oder stillgelegten Maschinen wleder voll und ganz besetzt oder in Gang gebracht sind. Jede Ueberstundenleistung darf nur nach vorhergegangener Kenntnisnahme der Betriebsvertretung und nur mit Zustimmung der Organisationsleitung geschehen.

Alle diejenigen, die diesen Beschluß nicht durchführen, sind unter Angabe der Firma im Mittelungsblatt öffentlich zu brandmarken.“

Auch die Frage der Doppelverdieners wurde wieder mit ausgeworfen. Der Kollege Schmidt machte auf den über diese Frage erschienenen Artikel in der „Soll“ vom 11. De- zember 1926, Nr. 20, aufmerksam, worin ja die Stellung- nahme unserer Organisation zum Ausdruck gebracht wird. Damit wurde dieser Punkt verlassen und Kollege Schmidt gab nunmehr die vom Vorstand geplante Weihnachtfeier unter Bezugnahme auf die ausgezahlte Ertraunterstützung an unsere arbeitslosen, kranken und invaliden Mitglieder be- kannt, die am 18. Dezember 1926 im großen Volkshausjaal

für die Gesamtmitgliederschaft geplant und durchgeführt wird; er erjuchte um volle Beteiligung. Ausdruck hierzu wurde nicht gewünscht, so daß nach einer Anfrage des Kollegen Sprinner über den Artikelbericht, der bereits zur nächsten Mitgliederversammlung vorgemerkt ist, die Versammlung gelassen wurde.

Rundschau.

Die Mehrzahl des Volkes fährt 4. Klasse! Am Ende des Geschäftsjahres 1925 betraf die Deutsche Reichsbahn 27 820 Lokomotiven, 996 Triebwagen, 83 829 Personenwagen, 21 831 Gepäckwagen und 689 119 Güterwagen. Außerdem noch 63 Schiffe und Fähren. An elektrischen Lokomotiven besitzt die Reichsbahn heute 242 Stück. Inter- essant ist es zu beobachten, wie durch die Verschlebung des Personenerkehrs nach den niedrigsten Klassen hin ein Wechsel in den Personenzügen stattfindet. Personenzüge, die nur 1. Klasse führen, gibt es heute nur noch 19 gegen 147 in 1913; Personenzüge mit 1. und 2. Klasse sind heute noch 1885 vorhanden gegen 5814 in 1913. Abgenommen haben auch die Wagen 3. Klasse; ihr Bestand beträgt heute 22 099 gegen 28 405 in 1913. Die Wagen, die 2. und 3. Klasse führen, erfahren ebenfalls eine Verminderung um rund ein Viertel; auf 4696. Zugunommen haben allein die Wagen mit lediglich 4. Klasse, und zwar von 17 482 in 1913 auf 28 434 in 1925. Sämtliche Personenzüge der Reichs- bahn verfügen über 3 518 053 Plätze, dies bedeutet gegen- über dem Jahr 1913 eine Steigerung von 300 000 Plätzen. Aus der Verschlebung in der Benugung der Personenzüge ist zu ersehen, daß die unteren Klassen mehr bevorzugt wurden, was nicht zuletzt mit der Verschlechterung der sozialen Lage der Bevölkerung zusammenhängt.

Änderung in der Leitung der Demog. An Stelle des zum Stadtbaurat von Berlin gewählten bisherigen Leiters der Demog, Deutsche Wohnungsfürsorge u. S., Prof. Dr. von Busse, Angestellte und Arbeiter, der gemeinwirtschaftlichen Zentralstelle der freien Gewerkschaften und Genossenschaften für das Kleinwohnungswesen, Dr.-Ing. Martin Wagner, ist in der Sitzung des Aufsichtsrats vom 7. Dezember 1926 der bisherige Geschäftsführer der Berliner Lohtergergesellschaft der Demog (der Gehag, Gemeinnützige Heimstätten-Spar- und Bau-Vereinigungsellschaft), Architekt Richard Sinnert gewählt worden, der sein Amt bereits angetreten hat. Herr Sinnert hat ebenfalls die Redaktion der Zeitschrift „Wohnungs- wirtschaft“ übernommen.

Literatur.

Karl Träger: *Bestische Revue*. Betrachtung und Be- kennnis um Werte von Weimar. Schriften zur Zeit. Verlag J. S. W. Dieckhoff, Berlin. Preis, 0,88 Mk.

Die neue Generation schaut mit ganz anderen geistigen Augen auf den Wert von Karl Marx als die alte. Was für dieses neue Bewußt- sein ist das lebendige geschichtliche Bewußtsein, sehr verständlich, und es verdient daher unsere volle Beachtung. Das Buch ist zu be- achten durch jede gute Buchhandlung, Volksbuchhandlung oder direkt vom Verlag J. S. W. Dieckhoff, Berlin SW. 68, Lindenstr. 3.

Sozialismus und Städtebau. Das Wohnen als sozia- listisches Problem. Von Dr. Eulian Hoffmann. Gedruckt für Institut für Städtebau, Hannover-Berlin. Preis 1,20 Mk.

Bei der eingehenden Behandlung des Wohnstoffens und der Verbindung des Wohnstoffens mit dem Ueberleben ist die Schrift für jeden Gewerkschafter ein wertvolles Referat. Die wirt- schaftlichen Grundfragen, auf die die Schrift eingeht, sind auf die heftigste Weise, auf die sie jemals gesehen hat, und wie auch Wohnen sein, das so viel Arbeit im sozialen Verhältnis steht und der freie Mensch sein kann? Das sind Fragen, die mit dem ge- werkschaftlichen Bewußtsein so eng zusammenhängen, daß sich jeder Gewerkschafter damit vertraut machen muß. Vor allem empfehlen wir unseren Funktionären und Arbeitern die Anschaffung dieses interessanten Buches dringend.

Wirtschafts-Informationen. Schriftleitung: Kurt Gehrig, Berlin, Rosenbergl. 1926. Verlag Carl Kowig, Verlagsgesell- schaft, Jena. Monatsheft 1. Hft. Vierteljahrsabonnement 2 Mk.

Je mehr Wirtschaftswissenschaftler sich der Gewerkschaften annähern, desto mehr wird die Demokratie der Wirtschaft. W. A. Borch ist eine verdienstvolle Quelle, für folgende Wirtschaftswissenschaftler an- zufragen.

Achtung, Dristafflerer!

Warnung!

Dem Hilfsarbeiter Johann Berg, geb. 11. März 1902 in Rein-Rülbein, auf Wanderschaft (mit Unter- brechung) seit Dezember 1925, ist das Mitgliedsbuch abzu- nehmen und an Gausleiter Heilmann, Köln, Everrinstr. 199 (Volkshaus, Zimmer 1), zu senden. Berg ist zum zweiten Male Mitglied und hat nur 15 Beiträge geleistet, die er auf seiner Reiselegitimation in 115 Beiträge umgeschickt hat. Die Reiselegitimation ist ihm in Hannover abgenommen worden. Seine Mitgliedskarte ist ihm angeblich verloren gegangen. Ordentliche Mitgliedsbeiträge dürfen ihm keinesfalls aus- gestellt werden. Er reist über Berlin wahrscheinlich nach Süddeutschland. Der Verbandsvorstand.

Für die Woche vom 2. bis 8. Januar 1927 ist die Ver- tragmarke in das 1. Feld des Mitgliedsbuches oder der Mitgliedskarte zu kleben.

Unserer lieben Kollegin Maria Waldmann nebst Gemahl nachträglich die herzlichsten Glückwünsche zur Vermählung. Die Kollegenschaft der Zapfstele Darmstadt.

Allen Kolleginnen und Kollegen die herzlichsten Glück- wunsche zum neuen Jahr.

Die Ortsverwaltung Darmstadt.

Unserer lieben Kollegin Marie Weber und ihrem Bräutigam Erik Riese zu ihrer am 26. Dezember statt- gefundenen Vermählung die herzlichsten Glückwünsche. Zapfstele Köthen I. Umbart.

Unserer lieben Kollegin Hedwig Richter (in der Volks- kraft-Druckerie zu Bernburg) und ihrem Bräutigam Otto Berger zu ihrer zum neuen Jahr stattfindenden Vermählung die herzlichsten Glückwünsche. Zapfstele Köthen I. Umbart.

Unserer lieben Kollegen Heinrich Süßwald und seiner lieben Frau Gina Wallamate die herzlichsten Glückwünsche zur Vermählung. Zapfstele Bad Oeynhausen.

Verantwortlich für Redaktion: A. Schuler, Charlottenburg, West- schloßstraße 16. Fernsprecher: Amt Berlin 1828 - Verlag: S. Köhler, Charlottenburg. Preis: Carlomag-Verlagsanstalt und Verlagshaus Paul Singer u. Co., Berlin SW. 68.